

*Stefanie Felsberger*

## Europäische Migrationspolitik im Mittelmeer

Securitization und Deterritorialisierung  
zwischen Notfall und Normalfall

*MMag. Stefanie Felsberger ist Associate Fellow am AIES.*

*Die Studie beschäftigt sich eingehend mit zwei Prinzipien, welche die europäische Antwort auf die Mobilität von Flüchtlingen und Migranten im Mittelmeer bestimmen, nämlich Securitization und Externalisierung der Grenze, und hinterfragt warum diese im europäischen Entscheidungsfindungsprozess so bestimmend sind.*

Alle Rechte vorbehalten.  
Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten des  
Austria Instituts für  
Europa- und Sicherheitspolitik  
ist auch in Auszügen nur mit  
vorheriger schriftlicher Geneh-  
migung gestattet.

© Austria Institut für  
Europa und Sicherheitspolitik,  
2015

AIES  
Austria Institut für  
Europa und Sicherheitspolitik

Schlossgasse 6  
2344 Maria Enzersdorf  
Österreich  
Telefon +43 (0)2236 411 96  
Fax +43 (0)2236 411 96-9  
[www.aies.at](http://www.aies.at)  
[office@aies.at](mailto:office@aies.at)

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
1.1. Aufbau der Studie	4
2. EU Entscheidungsfindungsprozesse zwischen Notfall und Normalfall	4
2.1. Wissensproduktion: Migration und Mobilität als Risiko	5
2.2. Migrationsmanagement in der Europäischen Union	6
2.3. Notfall als treibende Kraft im Migrationsmanagement: FRONTEX	7
3. Sicherheit und humanitäre Rhetorik: Militärische Lösungen zum Thema Migration und Schmuggel	9
3.1. Diskurs und Wahrheitsregime zum Thema Migration: Opfer und Täter	9
3.2. Militarisierung: Die Bekämpfung von Schmugglern und Menschenhändlern als „Lösung“ des Migrationsproblems	11
3.3. Die Folgen einer militärischen Antwort auf Migration	12
4. Deterritorialisierung der Grenzen Europas und ihre Folgen	13
4.1. Was ist Deterritorialisierung?	13
4.2. Die Folgen der Deterritorialisierung	14
5. Schlussfolgerungen und Empfehlungen	15
6. Bibliografie	16
7. Endnoten	17

## 1. Einleitung

Es scheint als würde Europa alle zwei bis drei Jahre durch eine humanitäre Tragödie an den südlichen Grenzen der Europäischen Union (EU) erschüttert werden. Das traurige Grenzspektakel scheint Europa von Jahr zu Jahr zu überraschen: 2005 – sowie 2013 und 2014 – versuchten Menschen über den Grenzzaun in den spanischen Enklaven Mellila und Ceuta in Spanien zu klettern, 2006 verunglückten Boote von Flüchtlingen aus Afrika und dem Nahen Osten vor den Kanarischen Inseln und Malta, 2011 und 2013 vor Lampedusa und seit 2010 sind es die Versuche die griechisch-türkische Grenze zu überqueren, die Schlagzeilen machen. Auch im gegenwärtigen Jahr 2015 gab es einen Aufschrei über die Todesfälle von syrischen Flüchtlingen in Bootsunglücken im Mittelmeer im Sommer und große Aufregung um die Ankunft von potentiellen Asylwerbern und Flüchtlingen auf der griechischen Urlaubsinsel Kos in der griechischen Küstenregion (Andersson, 2012; McVeigh, 2015; Papadopoulos, Stephenson & Tsianos, 2008). Die Antwort Europas auf diese Tragödien scheint jedoch stets nach dem gleichen Muster abzulaufen, wie hier im Statement der Kommissarin für Inneres exemplifiziert:

I am deeply saddened by the terrible tragedy off the coast of Lampedusa. I would like to express, on behalf of the European Commission, my sincerest condolences to the families of the many people who lost their lives at sea. [...] We have to become better at identifying and rescuing vessels at risk. We also need to intensify our efforts to fight criminal networks exploiting human despair so that they cannot continue to put people's lives at risk in small, overcrowded and unseaworthy vessels. [...]

The European Commission has developed a new tool, [...] EUROSUR will help Member States to better track, identify and rescue small vessels at sea thanks to better coordination between national authorities, appropriate channels of communication and improved surveillance technology. [...]

We also need to continue to address this phenomenon through cooperation and dialogue with countries of origin and transit and open new channels for legal migration. The Commission has been engaging with several countries of North-Africa to agree on a concerted manner of better managing migration flows and promoting mobility.

*Statement von Cecilia Malmström,  
Kommissarin für Inneres (2013)*

Von Seiten der europäischen Politiker wird großes Bedauern um den tragischen Verlust von Menschenleben ausgesprochen und gleichzeitig werden Schmuggler und Menschenhändler als Verantwortliche identifiziert. Eine verstärkte Sicherung der Grenzen wird versprochen und in Form von Grenzkontrollen und militärischen Operationen im Mittelmeer institutionalisiert um Menschenhändler zu stoppen und Flüchtlinge vor dem Ertrinken zu retten. Die Kooperation mit Drittstaaten im Norden Afrikas wird als Schlüssel zu Europas Migrationsproblem identifiziert.

Obiges Zitat stammt aus dem Jahr 2013, doch auch in diesem Jahr ist die Antwort Europas auf die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer, bei welcher bis Anfang Juli 2015 mehr als 1914 Menschen ums Leben kamen (IOM, 2015), eine Operation gegen Schmugglerboote - wohlweislich bevor diese Boote Menschen an Bord genommen haben (Kingsley & Bonomolo, 2015).

Die Antwort Europas auf den Wunsch zahlreicher Menschen auf Zuflucht und ein besseres Leben in Europa ist stark von zwei Prinzipien bestimmt:<sup>1</sup> der Militarisierung der Grenzpolitik und der Externalisierung dieser Grenze in Drittstaaten und Herkunftsländer von Flüchtlingen und Migranten.<sup>2</sup> Dadurch soll in erster Linie verhindert werden, dass Menschen Europa erreichen können um ihren Antrag auf Asyl stellen zu können – was ihnen laut internationalem Recht allerdings zusteht. Während Europa stets davon spricht mit seinen Militäroperationen Menschenleben retten zu wollen, untergräbt diese Politik das Fundament auf dem das Asylrecht besteht.

Die Studie argumentiert, dass im politischen Entscheidungsfindungsprozess der Europäischen Union zum Thema Mobilität und Migration zwischen Risikomanagement und Notfallmaßnahmen zwei Faktoren besonders Einfluss auf die beschlossenen Strategien und Maßnahmen bekommen: einerseits die Versicherheitlichung der politischen Maßnahmen und andererseits die Verschiebung der Grenzen Europas in Drittstaaten. Es stellt sich allerdings auch die Frage warum genau diese Prinzipien einen so großen Einfluss auf die europäische Politik haben und warum es immer wieder zu den oben erwähnten Tragödien an Europas südlichen Grenzen kommt, auf die Europa stets auf neue mit Empörung und Überraschung reagiert. Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, soll diese Studie auf Annahmen über Migration, Mobilität und der Antwort

Europas zu diesen Themen eingehen. Ziel dieser Studie ist es nicht der europäischen Politik Erfolg oder Scheitern zu attestieren, sondern sie zu hinterfragen, zu verstehen und auf ungewollte Konsequenzen aufmerksam zu machen.

### 1.1. Aufbau der Studie

Dem Ziel der Studie entsprechend ist der Text in drei große Kapitel unterteilt. Das erste Kapitel beschäftigt sich zunächst eingehend mit dem politischen Entscheidungsfindungsprozess innerhalb der Europäischen Union und argumentiert, dass dieser auf der einen Seite von einem langsamen Prozess des Risikomanagements und auf der anderen Seite von einem Ausnahmezustand, der – im Angesicht von verunglückten Flüchtlingen und Migranten – zur Implementierung von Notfallmaßnahmen führt, dominiert wird. Dies führt zu einer Bevorzugung von sicherheitspolitisch dominierten Strategien und zu einer Verschiebung der Grenzen Europas in Drittländer und Herkunftsländer von Flüchtlingen und Migranten. Im Zuge des ersten Kapitels werden auch die Annahmen über Flüchtlinge und Migranten, welche die europäische Politik maßgeblich beeinflussen, hinterfragt.

Im darauffolgenden Kapitel wird besonders auf den ersten grundlegenden Einflussfaktor auf die europäische Politik, nämlich *Securitization*, eingegangen. Es soll dargestellt werden, dass der sicherheitspolitische Zugang zum Thema Flucht, Migration und Mobilität dazu führt, dass sowohl im Diskurs als auch in der Implementierung Schmuggler als Ziel der europäischen Strategie identifiziert werden. Basierend auf dem Selbstbild Europas als Bastion der Menschenrechte und des internationalen Rechts, sieht sich Europa als Beschützer der Flüchtlinge auf hoher See und als Polizist gegen Schmuggler, welche als Hauptgrund des Leidens der Flüchtlinge dargestellt werden. Diese klare Einteilung zwischen Opfern und Tätern entspricht allerdings weniger der Realität als einer Strategie Europas seine humanitäre Rhetorik mit der militaristischen Antwort auf Migration und Mobilität zu vereinen.

Das letzte Kapitel behandelt insbesondere den zweiten Faktor, der die europäische Migrationspolitik bestimmt: die Verschiebung der Grenzen Europas in die Mittelmeeranrainerstaaten und dessen oft verheerenden Auswirkungen auf diese Staaten. Um die Mobilität von Migranten und Flüchtlingen so früh wie möglich zu verhindern, nimmt Europa die Assistenz der Mittelmeeranrainerstaaten und auch deren südlichen Nachbarn in Anspruch. Diese Externalisierung

der Grenzkontrolle führt zu massiver Unterstützung der lokalen Polizei und Grenzpolizei in Form von finanziellen Zuwendungen und einer technologischen Aufrüstung. Dies hat allerlei negative Folgen, welche ironischerweise die europäischen Interessen untergraben. Zum Beispiel führt dies dazu, dass lokale Sicherheitskräfte alles versuchen diesen Geldfluss aufrecht zu halten indem sie die Quoten Europas erfüllen, selbst wenn dies bedeutet, dass unschuldige Menschen mit dem ungeprüften Argument sie wären illegale Migranten und/oder Flüchtlinge verhaftet werden. Dies ruft unter anderem politische und soziale Spannungen in diesen Staaten hervor, was weitere Gründe schafft warum Menschen diese verlassen wollen. Das Kapitel geht näher auf diese Folgen ein und skizziert diese an Beispielen in Marokko, Mauretanien und Mali.

Abschließend lässt sich das Hauptargument der Studie wie folgt zusammenfassen: Der politische Entscheidungsfindungsprozess der Europäischen Union zwischen Notfall und Normalfall ist von den Prinzipien der Securitization und der Verschiebung der Grenze in Drittstaaten dominiert. Dies führt zur verstärkten Implementierung von sicherheitspolitischen Strategien für ein politisches Problem, was sich in einem Fokus des Diskurses und der Strategien auf Schmuggler und organisierte Kriminalität manifestiert – ein Fokus der nicht unbedingt auf realistischen Analysen von Mobilitätsströmen basiert. Auch die Externalisierung der Grenzen Europas zieht ungewollte Folgen nach sich, welche statt – wie von der Europäischen Union beabsichtigt – Migrationsströme zu untergraben neue Ursachen für Flucht und Migration auslöst. Dieser Fokus verringert zudem die Aussicht auf andere politische Möglichkeiten, wie beispielsweise die Ausweitung der Optionen auf legale Migration und übersieht, dass Mobilität und Migration keine Phänomene sind welche tatsächlich gestoppt werden können.

## 2. EU Entscheidungsfindungsprozesse zwischen Notfall und Normalfall

Das erste Kapitel ergründet den politischen Entscheidungsfindungsprozess innerhalb der Europäischen Union. Zunächst wird dargestellt welche Annahmen über Migration und Mobilität innerhalb der EU den alltäglichen Entscheidungsfindungsprozess bestimmen und anschließend wird dies der Reaktion Europas auf die sich stets wiederholenden Tragödien im Mittelmeer gegenübergestellt. Letztere führt generell zum raschen Beschluss von Notfallmaßnahmen. Inter-

essanterweise zeigt sich, dass sowohl der alltägliche Entscheidungsfindungsprozess als auch die Reaktion auf Notfälle zu Maßnahmen führen, die einerseits von sicherheitspolitischen Anschauungen dominiert – meist gerechtfertigt durch humanitäre Rhetorik – und andererseits von einer Verschiebung der Grenze in Drittstaaten gekennzeichnet sind.

## 2.1. Wissensproduktion: Migration und Mobilität als Risiko

Bevor dieses Kapitel näher auf die Annahmen, auf welchen die EU Strategien und Politiken beruhen, eingeht, sollen ein paar grundlegende Phänomene bezüglich des Wissens über Migration und Mobilität geklärt werden. Wissen über Migration als Erkenntnisgegenstand und somit über Migranten, so genannte illegale Einwanderer und Flüchtlinge, ist keinesfalls neutral. Flüchtling, Asylwerber, Asylant und illegaler Einwanderer sind zwar juristische Kategorien des internationalen und nationalen Rechts, doch diese sind das Produkt eines Strebens nach Kontrolle über Staatsbürger und deren Gegenstück. Illegalität als Kategorie kontrolliert nicht nur das Leben von Nicht-Staatsbürgern, sondern hält gleichzeitig das Ideal einer nationalen Identität für Staatsbürger aufrecht (De Genova, 2002: 424). Das Phänomen Migration ist folglich eng an eine der zentralsten Funktionen des Staates – Souveränität als Macht zu entscheiden wer Teil der Nation ist und wer nicht – geknüpft und Wissen darüber das Produkt eines sozio-politischen Mächtigens (Brown, 2010). Wissensproduktion über „illegale Einwanderer“<sup>3</sup> ohne den Ursprung der Illegalität zu hinterfragen, kann daher nur dazu führen, automatisch die Sichtweise des Staates zu übernehmen. Ziel dieser Studie ist es allerdings ebendiese Sichtweise in Frage zu stellen und auf die Phänomene und Tatsachen hinzuweisen, die mit dieser Sichtweise als gegeben hingenommen werden.

Gleichzeitig soll allerdings festgehalten werden, dass diese Studie nicht zu behaupten versucht, die wahre Natur des Phänomens der Migration zu kennen, wie es sonst die Absicht in der Literatur ist, um adäquate Lösungen vorschlagen zu können. Der Versuch die wahre Natur des Phänomens der Migration zu erfassen bedingt nämlich die Schaffung eines Wahrheitsregimes über den Erkenntnisgegenstand der Migration (Aradau, 2008: 19). Ein solches Wahrheitsregime hängt allerdings davon ab, aus welcher Perspektive Migration problematisiert wird: Wird Migration als Problem des Arbeitsmarktes gesehen, als Problem organisierter Kriminalität, als soziales Anliegen oder als sicherheitspolitische Herausforderung. Die Darstel-

lung des Phänomens Migration hängt also von der Betrachtungsperspektive ab und ist selbst nicht nur neutrale Darstellung sondern gleichzeitig eine Form der Intervention „both by conferring specific identities to categories of people and by limiting and steering what can be done about these people“ (Aradau, 2008: 19).

Darstellung und Intervention gehen also Hand in Hand. Dies macht eine Unterscheidung zwischen Wissen über ein Phänomen und praxisorientiertem Wissen unmöglich. Jegliches Wissen über Migration wird aus verschiedenen institutionellen Positionen und Interessen formuliert und konstituiert ein Wahrheitsregime, welches auf den Machtverhältnissen der verschiedenen Positionen und Interessen basiert. Wahrheit, laut Foucault, steht in enger Verbindung mit Machtssystemen, durch welche Wahrheit produziert und erhalten wird (Aradau, 2008: 48). Daher nähert sich diese Studie dem Erkenntnisobjekt Migration durch eine Problematisierung des Phänomens. Eine Problematisierung interessiert das Ensemble von diskursiven und nicht diskursiven Praktiken welche Migration durch Zuschreibungen von falsch und richtig als Erkenntnisgegenstand konstituieren (Aradau, 2008: 15). Im Fall von Migration lässt sich vor allem Sicherheit als ordnendes Prinzip festlegen: Migration als Risiko ermöglicht die Zuweisung / Einteilung von Menschen in verschiedene Risikokategorien, wie Flüchtling, illegaler Einwanderer oder Schmuggler (Aradau, 2008: 54). Sicherheit hat allerdings nicht nur eine ordnende Funktion, sondern verschleiert gleichzeitig den Widerspruch zwischen verschiedenen Aussagen zum Thema Migration. Im zweiten Kapitel wird auf diesen Widerspruch näher eingegangen, vorerst genügt es erneut darauf hinzuweisen, dass die Begriffe Flüchtling, illegaler Einwanderer oder Schmuggler sozial konstruierte Risikokategorien und keineswegs neutrale, technische Bezeichnungen sind (Aradau, 2008: 14).<sup>4</sup>

Die Einteilung in diese Risikokategorien beruht einerseits auf der grundlegenden Frage wer von wem geschützt werden muss und auf einer Reihe von Annahmen über das Phänomen Migration, auf welcher die Wissensproduktion aber auch die Politikinhalt der Europäischen Union beruhen.

Migration wird zunächst als *externes* Risiko gesehen, welches in der Zukunft liegt und vermieden werden soll. Dies führt dazu, dass Menschen in Drittstaaten bereits als „illegale Einwanderer“ identifiziert werden bevor sie das Land, in dem sie dann erst als „illegal“ kategorisiert werden würden, erreicht haben (Walters et al., 2010). Illegale Migration wird zudem als externes

Phänomen gedacht, als Menschen welche versuchen legal oder illegal von außen nach Europa zu kommen. Tatsache ist allerdings, dass ein Großteil der Menschen, welche sich nicht dokumentiert in Europa aufhalten, oft einfach ihr Visum überschreiten und danach nicht ausreisen (de Haas, 2007 zitiert in Andersson, 2014c). Dieser höchst interne Prozess kommt in unserer Vorstellung von illegaler Migration kaum vor.<sup>5</sup> Stattdessen dominieren Bilder von überfüllten Booten im Mittelmeer oder von verzweifelten Versuchen Grenzzäune zu überklettern in der Vorstellung von irregulärer Migration. Diese Bilder bestimmen auch Lösungsvorschläge für das *Problem* der illegalen Migration: Um zu verhindern, dass Menschen *illegal* nach Europa kommen, muss verstanden werden warum „sie“ kommen und wie das verhindert werden kann (Walters et al., 2010).

In der Folge wird auch oft vom Scheitern oder Erfolg von Migrationspolitik geredet, je nachdem ob Migration als durch und durch externe Erscheinung gestoppt wurde oder nicht. Eine solch verkürzte Darstellung wird hier vermieden. Stattdessen soll darauf hingewiesen werden, dass wie die oben beschriebene Vorstellung von Migration Einfluss auf die Strategien gegen illegale Migration hat. Die allgemeine Vorstellung von Migration führt zum Schluss, dass die Motivation der Flüchtlinge verstanden werden muss, um diese anschließend vom Gegenteil motivieren zu können, nämlich ihre Heimat nicht zu verlassen. Immer und immer wieder wird versucht, Flüchtlingen den Weg nach Europa so schwer wie möglich zu machen, sei es durch Grenzzäune, das Verbot, Flugzeuge oder Fähren ohne legale Einreisedokumente zu benutzen, und Schulungen, welche potentiellen Flüchtlingen die Gefahren der Reise nach Europa verdeutlichen sollen, oder, wie kürzlich erst beschlossen, die Zerstörung der Boote auf denen Flüchtlinge nach Europa kommen.

Diese Strategien beruhen alle auf der Annahme, dass Flüchtlinge und Migranten der Gefahren und Risiken nicht gewahr sind und vor sich und den Schleppern, mit deren Hilfe sie die Reise meist bestreiten, gerettet werden müssen. Solche Analysen lassen jedoch völlig außer Acht, dass europäische Migrationspolitik selbst die Gefahren für Migranten und Flüchtlinge schafft, ebenso wie die Tatsache, dass die Anzahl von Menschen, die den Weg nach Europa antreten nicht geringer wird sondern steigt (Dines, Montagna, & Ruggiero, 2015).

## 2.2. Migrationsmanagement in der EU

Nachdem im obigen Teil ein paar grundlegende Annahmen über das Phänomen der Migration geklärt wurden, analysiert der folgende Abschnitt den institutionellen Rahmen, welcher die Maßnahmen des europäischen Migrationsmanagements bestimmt. Der Abschnitt skizziert die transnationale Ebene der Entscheidungsfindung und argumentiert, dass politische Entscheidungsfindungsprozesse auf europäischer Ebene sehr schwerfällig von statten gehen. Dies wird im darauffolgenden Abschnitt mit den rasch getroffenen Notfallmaßnahmen in Kontrast gesetzt und argumentiert, dass beide Modi der Entscheidungsfindung zu mehr Versicherheitlichung und einer Externalisierung der Grenze führen.

Migration existiert – wie oben beschrieben – in der europäischen Vorstellung also als genuin externes Phänomen, dennoch wird (illegale) Migration als gesamteuropäische Angelegenheit konstruiert (Horsti, 2012), welche für die Identität Europas und dessen interne Kohärenz grundlegend ist. Der Schengen-Raum als einer der vier Grundideen der EU wurde entgegen der Souveränitätsvorbehalte vieler Mitgliedsstaaten Realität und seine Geburt ging Hand in Hand mit der Versicherheitlichung der EU-Außengrenzen. Es waren erst die Anschläge von 2001 und 2004 sowie die Aussicht auf eine mögliche Osterweiterung, welche dazu führten, dass eine Institution verantwortlich für die gemeinsame Kontrolle der externen Grenze ins Leben gerufen wurde (Campesi, 2014: 127-8). Als Reaktion auf Prozesse und Entwicklungen, welche die Kontrolle einzelner Staaten übersteigen, ist der Schengen-Raum und seine Institutionalisierung bestimmt vom Prinzip der transnationalen Regierungsführung. In der Konsequenz sind es auch hauptsächlich die europäischen Institutionen, welche sich für eine stärkere Vergemeinschaftlichung der europäischen Migrationspolitik einsetzen – so wie sich diese in Kooperation mit nationalen Regierungen für mehr Integration stark machen (Papadopoulos et al., 2008: 171-2). Daher sind meist die auf transnationaler europäischer Ebene beschlossenen Maßnahmen ausschlaggebend für die Geschwindigkeit der Europäisierung der Migrationspolitik.

Es ist besonders die Europäische Kommission (EK), welche Migration als genuin europäische Angelegenheit vorantreibt. Während es freilich eine unbestreitbare Tatsache ist, dass durch den Schengen-Raum und Binnenmarkt Einwanderung nach Europa alle Staaten gleichsam angeht, positioniert die EK sich damit an zentraler Stelle, da mehr gemeinschaftliche Maßnah-



men auch mehr Einfluss für die Kommission bedeuten. Seit Beginn der Umbrüchen in den arabischen Ländern hat die Kommission das Argument, dass Europa von Migranten/Flüchtlingen überrannt werden würde, benutzt, um nicht nur eine weitere Konsolidierung der existierenden Grenzpolitik, sondern auch gleichzeitig das pan-europäische Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Dies ist als Teil eines generellen Musters zu verstehen, in welchem die EU Außenpolitik stets mehr über die Schaffung und Konsolidierung der Identität Europas aussagt als über die tatsächlichen außenpolitischen Strategien Europas (Pallister-Wilkins, 2011). Dem Ziel der Kommission, die Grenzpolitik zu vergemeinschaftlichen, steht allerdings der Unwille der Mitgliedsstaaten entgegen. Dieser Unwille – generell unter dem Begriff der Souveränitätsvorbehalte umschrieben – zeichnet sich dadurch aus, dass meist Aspekte der eigenen Souveränität in kritischen Bereichen wie der gemeinsamen Politik für Migration, Asyl und Außengrenzen nicht abgegeben werden wollen (Pallister-Wilkins, 2011).

Zusätzlich stellen die Interessenskonflikte zwischen Nord- und Südstaaten – sowie zwischen Staaten mit Resettlement Programmen und solchen ohne – ein großes Hindernis am Weg zu einer gemeinsamen Politik für Migration, Asyl und Außengrenzen dar (Pallister-Wilkins, 2011). Während die Mittelmeeranrainstaaten mehr und mehr finanzielle und materielle Unterstützung von ihren nördlichen Nachbarn fordern, weisen diese auf die bereits existierende Hilfe hin. Ein Beispiel für die bestehenden Interessenskonflikte war die Drohung von Seiten Frankreichs erneut Grenzkontrollen einzuführen, als Italien so genannte „emergency permits“ für tunesische Flüchtlinge ausstellte, da die italienische Regierung annahm, dass diese ohnehin nach Frankreich reisen würden. Die Kommission nutzt die Interessenskonflikte der Mitgliedsstaaten geschickt aus und warnt nicht nur eindringlich vor den Massen an Flüchtlingen aus arabischen Ländern, sondern auch vor unilateralen Handlungen und dem Ende Schengens (Pallister-Wilkins, 2011).

Angesichts der Herausforderungen für eine einheitliche Migrationspolitik und der extrem langsamen Entscheidungsfindungsprozesse auf europäischer Ebene, bedienen sich nicht nur die Kommission, sondern auch andere involvierte Akteure, des Notfalls als Argument um der Dringlichkeit und Notwendigkeit der gemeinsamen Grenzpolitik Nachdruck zu verleihen (Papadopoulos et al., 2008: 180). So nutzen auch die ans Mittelmeer grenzenden Mitgliedsstaaten die stets wiederkehrenden Notfälle aus, um mehr Unterstützung

von der EU einzufordern, während die nördlich gelegenen Staaten die alljährlichen Zuweisungen unterstreichen und für einen systematischeren Zugang zu Migrationspolitik plädieren, der weniger auf ad hoc und Notfallmaßnahmen baut (Campesi, 2014: 126).

Letztendlich ist es diese Dualität im Entscheidungsfindungsprozess – einerseits der systematische aber extrem mühsame Prozess (Normalfall) und andererseits der ad hoc stattfindende und von Notfallsituationen vorangetriebene Prozess der Ausnahmezustandes – welche die Prinzipien der gemeinsamen europäischen Politik für Migration, Asyl und Außengrenzen maßgeblich bestimmt. Während im offiziellen Entscheidungsfindungsprozess Souveränitätsvorbehalte und andere Hindernisse die Implementierung einer solidarischen Migrationspolitik, bei der alle Mitgliedsstaaten ungeachtet ihrer geografischen Lage einen fairen Beitrag leisten, verhindern, ermöglichen die Notfällen und Tragödien im Mittelmeer das Treffen von weitreichenden Entscheidungen, welche sich meist in militärischen Handlungen manifestieren. Es zeigt sich also, dass der repressive Aspekt des Migrationsmanagements einfacher zu institutionalisieren ist, als der solidarische Aspekt (Huke et.al., 2014).

Trotz der Dualität des Entscheidungsfindungsprozess beruhen die getroffenen Maßnahmen im Notfall und im Normalfall auf den zuvor skizzierten Annahmen über Migration und beinhalten daher auch die gleichen Inhalte: Letztendlich behielt die EU die Struktur ihrer Migrationspolitik seit der Gründung des Schengen-Raums bei. Es ist eine Politik welche kaum Raum für reguläre Migration lässt und dadurch Menschen zu stets gefährlicheren und verzweifelteren Versuchen zwingt, um die immer schärfer kontrollierten Grenzen Europas überwinden zu können. Gewinner sind am Ende die Bürokratien der Sicherheitsapparate, welche ihre eigene Position als Wissensproduzenten und ausführende Kraft auf Kosten von humaneren und oft auch kostengünstigeren Alternativen zementieren (Campesi, 2014, 127).

### 2.3. Notfall als treibende Kraft im Migrationsmanagement: FRONTEX

Dieser Abschnitt soll aufbauend auf den obigen Ausführungen und mit Hilfe des Beispiels der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (FRONTEX) darstellen, wie sowohl im Normalfall als auch im Notfall, die Antwort Europas auf Mobilität und Migration einerseits sicherheitspolitisch domi-



niert ist und andererseits die Grenzen Europas weiter und weiter in dritte Staaten verschiebt.

Der Ursprung und die Daseinsberechtigung von FRONTEX liegen in der Versicherheitlichung der europäischen Grenzen, welche die Geburt des Schengen-Raums als Antwort auf die Souveränitätsvorbehalte der Mitgliedsstaaten begleitete. FRONTEX beruht auf einem Kompromiss zwischen dem Widerstand der Mitgliedsstaaten ihre Souveränität aufzugeben und einer stärkeren Vergemeinschaftlichung der Grenzpolitik (Campesi, 2014: 127-8). Guisepppe Campesi (2014: 128) beschreibt in klaren Worten wie FRONTEX stets in der Dialektik zwischen Notfall und Normalität gefangen bleibt und diese zu ihrem eigenen Vorteil zu nutzen weiß. Er argumentiert wie folgt:

Frontex was therefore born in the context of an ambiguous dialectic between the technocratic ideology of risk management and the recurrent call for emergency measures. A dialectic that has accompanied its first years of activity and profoundly affected the profile of an agency oscillating between the intelligence driven approach that inspires its mandate and is constantly referred to by the agency's institutional communication, and a more emergency-driven approach towards which the agency is often prompt [sic] by some Member States.

Besonders am Beispiel der gemeinsamen Operationen lässt sich darstellen wie FRONTEX geschickt ihre Rolle mit Hilfe der Dialektik zwischen Notfall und Normalität ausweitet. So stieg Haushalt von FRONTEX von 20 Millionen Euro im Jahr 2006 zu 92 Millionen im Jahr 2010 (Dünwald, 2011: 113). FRONTEX entstand und wuchs auch weitgehend jenseits demokratisch oder gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse (Huke et.al., 2014: 2).

FRONTEX Mandat besteht darin die Grenzkontrollen der Mitgliedsstaaten zu koordinieren und gleichzeitig soll FRONTEX den Mitgliedsstaaten Instrumente zur Verfügung stellen, welche helfen sollen Migrationstrends wenn nicht vorherzusagen, zumindest abschätzen zu können. Dazu gehören Risikoanalysen, Durchführbarkeitsstudien und Statistiken über Migrationstrends. Tatsächlich scheint FRONTEX aber anstatt Europa vor neuen Notfällen zu warnen, diese zu ihrem eignen Vorteil auszunutzen um Budget, Zuständigkeitsbereich, Expertise und Einfluss zu auszuweiten. Drastisches Beispiel hierfür ist die Tatsache, dass FRONTEX während der Ausweitung der Krise in Syrien im Jahr 2012 und nachdem offensichtlichen Staatszerfall in Libyen nach 2011 in keinem Wort ein potentiell erhöhtes Risiko für die Mittelmeerregion in ihrem Endjahresbericht 2012

erwähnte oder eine Strategie für einen möglichen Anstieg des Migrationsdrucks vorschlug (Campesi, 2014). FRONTEX zeigte sich im Gegenteil überrascht über die neue Flüchtlingskrise im Mittelmeer. Wie zuvor im Fall der Operation Hera, einer Notfalloperation auf Anfragen der spanischen Regierung, im Fall der Operation Hydra im Jahr 2008 und erneut 2011 als Italien und Malta mit einer immensen Anzahl an ankommenden Flüchtlingen zu kämpfen hatte, übernahm FRONTEX die Notfall-Rhetorik, welcher sich die Mitgliedsstaaten bedienten um Unterstützung der EU zu erhalten, und erweiterte so ihre Rolle und ihr Budget. Der Notfall wurde permanent, zur Normalität, schreibt Campesi (2014: 128).

Die Übernahme der Notfall-Rhetorik ist allerdings nicht auf FRONTEX Unfähigkeit Flüchtlingsströme zu erahnen zurückzuführen. Als 2010 der Flüchtlingsstrom über die griechisch-türkische Landgrenze answoll, war dies in diversen Reporten der Agentur bereits zu erkennen gewesen. Nachdem die griechische Regierung allerdings eine Anfrage auf Unterstützung an die EU stellte, bediente sich FRONTEX derselben Rhetorik und sprach von einem außergewöhnlichen und unvorhersehbaren Anstieg des Migrationsdrucks auf die griechisch-türkische Grenze. FRONTEX versteht also die Dialektik zwischen Notfall und Normalität gekonnt für die eigene Machterweiterung auszunutzen. Campesi weist darauf hin, dass es in diesem Fall zu keinem effektiven Abschwellen der Anzahl von Flüchtlingen kam. Daher war seiner Meinung nach das Nutzen der Operation viel mehr die Stärkung der Präsenz von FRONTEX in einer Region, in der die Agentur zuvor noch nicht vertreten war. Dies ist Resultat einer Situation, in der FRONTEX nicht nur für Machbarkeitsanalysen sondern auch Vorschläge für die Lösung der Migrationsprobleme verantwortlich ist – Lösungsvorschläge, die prinzipiell in der Stärkung von FRONTEX und einem Ausbau der Operationen enden (Huke et.al., 2014: 14).

Die oben beschriebene Dualität des Entscheidungsfindungsprozesses zwischen Not- und Normalfall führt also zu mehr Externalisierung und Militarisierung. Der Entscheidungsfindungsprozess abseits des Grenzspektakels ist extrem langsam und mühsam. Eine Flüchtlingstragödie allerdings treibt die politischen Mühlen Europas voran – zumindest auf den ersten Blick: Üblicherweise finden rasch Gipfeltreffen statt auf denen neue Strategien und Notfallmaßnahmen beschlossen werden.

Auch als bis Juli 2015 mehr als 1900 Menschen in Bootsunglücken verstarben, trafen sich die Staats- und Re-

gierungschefs der EU bei einem Sondergipfel um neue Strategien zu beschließen (IOM, 2015; Kingsley, 2015). Der Notfall, die Ausnahmesituation erlaubt, wenn nicht sogar bedingt, den Beschluss von außergewöhnlichen Maßnahmen. Doch wie im Laufe dieses Abschnitts dargestellt wird befinden sich diese Maßnahmen nicht nur stets im Rahmen der bestehenden Politik Europas zu Migrations-, Asyl- und Grenzfragen, sondern sie ermöglichen diesen auch. Notfall und Normalfall stehen in einer dynamischen Beziehung zueinander, sie brauchen und ermöglichen einander. Der Notfall erzwingt eine Handlung und einen Beschluss, während der Normalfall hingegen den Handlungsspielraum für Maßnahmen eingrenzt. Der Notfall wird in diesem Zusammenspiel in der Alltäglichkeit der Migrationspolitik verortet. Gleichzeitig werden Entscheidungen im Notfall sowie auch im Normalfall von der im Anfang dieser Studie beschriebenen Vorstellungen über Migration und Mobilität begrenzt.

Resultat des oben beschriebenen Zusammenspiels zwischen in aller Eile beschlossenen Notfallmaßnahmen und langsamen, bürokratischen Entscheidungsfindungsprozessen sind erstens die zunehmende Oberhand von sicherheitspolitisch dominierten Strategien, welche durch eine oberflächliche, widersprüchliche humanitäre Rhetorik legitimiert wird, und zweitens eine Verschiebung der Grenzen Europas in Drittstaaten. Im folgenden Kapitel wird die militärisch-dominierte EU Strategie gegenüber dem stetig ansteigenden Strom von Flüchtlingen, die über das Mittelmeer nach Europa kommen, hinterfragt und das darauffolgende Kapitel untersucht die Konsequenzen der so genannten Mobilitätspartnerschaften mit Drittstaaten, in welcher sich die Externalisierung der europäischen Grenzen manifestiert.

### 3. Sicherheit und humanitäre Rhetorik: Militärische Lösungen zum Thema Migration und Schmuggel

Zunächst soll in diesem Kapitel auf die Versicherheitlichung, die erste Folge dieses Entscheidungsfindungsprozesses zwischen Notfall und Normalfall, eingegangen werden. Dass Sicherheitspolitik die Oberhand im Feld der Migrationspolitik gewinnt, führt dazu, dass sich Europa klare Opfer und Täter im Migrationsprozess sucht und findet, um erstere zu beschützen und letztere verantwortlich zu machen – basierend auf dem Selbstbild Europas als Bastion der Menschenrechte und des internationalen Rechts. Diese klare Einteilung

ist allerdings nicht in der Realität zu finden sondern eher Produkt eines europäischen Diskurses, welcher Europas militaristische Antwort auf die Mobilität im Mittelmeer ermöglicht.

#### 3.1. Diskurs und Wahrheitsregime zum Thema Migration: Opfer und Täter

Der offizielle Diskurs, welcher Schmuggel und Menschenhandel als das Problem im Migrationsfeld identifiziert, ist an eine Konzeption von Grenzpolitik gebunden, welche Souveränität im Zentrum sieht. Grenzübergänge werden individualisiert und Migranten als Opfer der Schmugglermafia repräsentiert. In der öffentlichen Vorstellung wird Migration zu einem illegal organisierten Skandal mit nur zwei Akteuren; den gesetzesbrechenden Migranten und den kriminellen Schmugglern. Ein komplexes und polymorphes Netzwerk aus nichtlinearen migrantischen Bewegungsströmen wird zu einem Stück in einem Akt und mit nur zwei Spielern reduziert.

Migration ist kein linearer Prozess der von den Entscheidungen einzelner bestimmt wird. Migration ist willkürlich, stets im Wandel und bringt unter ihrem Schirm eine Vielzahl sozialer Akteure zusammen. Papadopoulos et al. (2008: 212) vergleichen Migration mit großen Wellen: „they never appear precisely where they are expected, their arrival can never be predicted exactly, but they always come.“ Um ein solch diffuses Phänomen einfangen zu können schafft dieser Diskurs klare Kategorien wie Migrant, Flüchtling, Schmuggler, und Menschenhändler. Diese Kategorien dürfen aber nicht als neutral gesehen werden. Stattdessen sind diese Kategorien als machtpolitische Intervention einzuordnen, da sie auf dem ordnenden Prinzip des sicherheitspolitischen Interessens basieren. Hinter den Kategorien steckt stets die Frage wer als sicherheitspolitisches Risiko oder Gefahr gesehen wird und wer vor wem geschützt werden muss. Aus dieser Frage ergeben sich – zumindest in der Rhetorik und Sichtweise der EU – klare Kategorien von Opfern und Schutzbedürftigen entgegengestellt zu Tätern, Gefahren, und denjenigen, vor denen jemand (das Opfer) geschützt werden muss. Wer aber sind Schmuggler? Wer sind die Opfer? Wer verdient unseren Schutz – sprich den Schutz der Europäischen Union? Im folgenden Abschnitt wird offengelegt und argumentiert, dass diese von der EU und internationalen Gemeinschaft klar abgegrenzten Kategorien nur in deren theoretischen Rhetorik funktionieren, aber in Praxis der Unterschied zwischen Opfer/Schutzbedürftiger und Täter meist nicht deutlich abzugrenzen ist.

Die Antworten auf diese Fragen wer Schmuggler und wer Opfer ist, werden durch den oben erwähnten Diskurs, einem so genannten Wahrheitsregime, bestimmt. Ein solches Wahrheitsregime weist darauf hin wie Repräsentationen von Migranten und Interventionen in Migration und Menschenhandel legitimiert werden, indem sie durch bestimmte Machtverhältnisse unterstützt werden (Aradau, 2008: 48). Wahrheit selbst, wie Michel Foucault (1980: 133 zitiert in Aradau, 2008: 48) aufzeigte, steht in einem zirkulären Verhältnis mit Machtssystemen, welche Wahrheit nicht nur produzieren sondern auch erhalten. So werden Diskurse über Institutionalisierung durch verschiedene Akteure wie Staaten, Wissenschaft, und Sicherheitsapparate zu Wahrheit (Aradau, 2008: 90). Auch die Medien tragen ihren Teil zur Wahrheitsproduktion bei, indem sie die gefährlichen Reisen der Migranten und Flüchtlinge als Verbrechen darstellen und nicht als etwas zu dem sie durch die Politik der EU gezwungen werden (Horsti, 2012: 4).

Es ist allerdings mehr die diskursive Rhetorik der verschiedenen Sicherheitsapparate, welche einen großen Einfluss auf die Vorstellung der Entscheidungsträger von Migration hat. Giuseppe Campesi (2014: 131) argumentiert, dass sich diese Rhetorik gezielt des Militärjargons bedient um sich Legitimität zu verschaffen und mit Adjektiven geflissentlich den bedrohlichen sowie rechtswidrigen Charakter von Migration hervorhebt. So wird der Themenkomplex rund um Migration aus dem Feld der regulären Politik entzogen und im Bereich der Sicherheit verortet, ein Phänomen, das in der Theorie der internationalen Beziehungen als Securitization – zu Deutsch etwas holprig Versicherheitlichung – bezeichnet wird (Gledhill, 2008 zitiert in Andersson, 2012: 9). Sicherheit als ordnendes Prinzip im Politikfeld Migration macht es auch unmöglich Migration außerhalb dieses vorgegebenen Rahmens der sicherheitspolitisch dominierten Wahrheitsproduktion zu betrachten (Walters, 2010). Anstatt im Rahmen von Sicherheitspolitik könnte Migration auch beispielsweise aus Perspektive des Arbeitsmarktes betrachtet werden. Migration als Teil der Sicherheitspolitik zu behandeln, ermöglicht die Spezifizierung der Täter – und folglich auch der Opfer. Des weiteren führen Versicherheitlichung und Migration als Risiko dazu, dass in der Folge auch die Opfer – in diesem Fall die irregulären Migranten und Flüchtlinge welche oft auch tatsächlich von Menschenhändlern und Schmugglern ausgenutzt werden und so an die Grenzen Europas gespült werden – als Bedrohung gesehen werden. Die Opfer sind also nicht nur Gegenstand von Mitleid, sondern auch schon an sich mit Risiken behaftet, also gefährlich

(Castel, 1991: 284 zitiert in Aradau, 2008: 103). Sie sind also gleichzeitig Risiko und Risikopersonen, welche gleichzeitig kontrolliert und beschützt werden müssen (Aradau, 2004 zitiert in Pallister-Wilkins, 2015: 54). Zusätzlich wird den Flüchtlingen und Migranten durch die Einteilung als Risiko und Risikoperson auch das Potential für politische Handlungen genommen (Aradau, 2008: 113). Kontrolle und Fürsorge bestimmen auch den Umgang mit illegalen Migranten von Seiten der Staatsapparate. Es ergibt sich in der polizeilichen Überwachung der Grenzen allerdings ein Paradox, welches Pallister-Wilkins (2015: 54) auf den Punkt bringt:

The paradox in border policing is between the individual subject of humanitarianism and/or policing, the migrant, and the object of border control, the territorially bounded state or regional unit (Arendt 1973:267–302; Huysmans, Dobson, and Prokhovrik 2006). This paradox of protection, between the protection of the individual against harm and the protection of borders and an internal space (Bigo 2006:89–90), manifests itself on the ground in the daily activities of border police as a tension between the need to care for migrant welfare and the need to control migrant mobility, as evidenced by migrant testimonies accusing the Greek border police of engaging in “push-backs” (Amnesty International 2013:9–14).

Sehr aussagekräftiges Beispiel hierfür ist Umgang Italiens mit den 500 Insassen eines Bootes, das 2008 vor der Küste von Lampedusa<sup>6</sup> verunglückte. Während den 366 verstorbenen Insassen die italienische Ehrenstaatsbürgerschaft verliehen wurde, wurden die Überlebenden automatisch wegen illegaler Einreise angeklagt und in den für „illegale“ Migranten vorgesehenen Lagern interniert – obwohl diese das Recht hatten um Asyl anzusuchen (Dines et al., 2015: 430). Mitleid blieb den Verstorbenen vorbehalten und die Überlebenden wurden als Kriminelle dargestellt, die nach Schwimmwesten und Nahrung gierten (Dines et al., 2015: 438). Auf der Suche nach den perfekten Opfern passen also nur tote Flüchtlinge ins Bild Europas. Als Verantwortliche und Täter wurden sofort die Schmuggler identifiziert, während Italien – sprich Europa – sich von jeglicher Schuld frei sprach. Gleichzeitig diente das Argument, dass man gegen die Schmuggler vorgehen müsse als Legitimierungsgrundlage für den Ausbau von militärischen Operationen im Mittelmeer.

### 3.2. Militarisierung: Die Bekämpfung von Schmugglern und Menschenhändlern als „Lösung“ des Migrationsproblems

Dieser Fokus auf Schmuggler dient auch heute als Legitimierung für die Operationen von FRONTEX und der Grenzpolizei generell. In ihrer Forschung identifiziert Pallister-Wilkins das Ziel, die so genannten „Bösewichte“ ausfindig zu machen und zu fangen, als Rechtfertigung der Arbeit von FRONTEX Offizieren (2015: 61). Diese Bösewichte – oder „bad guys“ im Original – stehen für die kriminellen Netzwerke, welche Migration ermöglichen. Dies geschieht durch die Organisation von Transportmöglichkeiten, Bereitstellung falscher Dokumente, Möglichkeiten Grenzkontrollen zu übergehen und das Finden immer neuer Routen nach Europa. Stets wird allerdings auch die Verpflichtung und Verantwortung von FRONTEX Menschenleben zu retten unterstrichen. Migranten stellen Risikopersonen dar, die gefährdet sind von diesen kriminellen Organisationen ausgebeutet zu werden. Durch den Fokus auf die kriminellen Organisationen, welche Migration ermöglichen, wird es möglich operationell Bösewichte zu fangen anstatt sich auf die verschiedenen grundlegenden Antriebsfaktoren für Migration wie Unrecht, wirtschaftliche Ungleichheit, bewaffnete Konflikte, Kriege oder Verfolgung wegen Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung, siehe Genfer Flüchtlingskonvention, zu konzentrieren (Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, 1951). So kann Migration auch innereuropäisch weiterhin als Bedrohung konstruiert und das Eingeständnis vermieden werden, dass Migration an und für sich nicht eliminiert werden kann.

So gesehen, kann auch der Vorschlag, die Boote von Schmugglern zu zerstören, welcher auf dem im April 2015 einberufene Sondergipfel zur Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer eingebracht wurde, als logische Fortsetzung dieser Politik gesehen werden. Die Antwort auf das Sterben von Migranten im Mittelmeer ist ironischerweise der Einsatz von lebensgefährlichem Waffengebrauch (O’Connell Davidson, 2015). Die EU ist sich hier auch bewusst, dass es zu Kollateralschäden in Form von Menschenleben kommen wird. Um diesen Eingriff zu rechtfertigen, verwischt die EU bewusst den Unterschied zwischen den Aktivitäten von Schmuggel und Menschenhandel: während es sich im Fall von Schmuggel um freiwillige einvernehmliche Abkommen zwischen Migranten und Individuen oder Organisationen handelt,<sup>7</sup> bezeichnet Menschenhandel einen unfreiwilligen, erzwungenen Transport von

Menschen. In Realität sind die Grenzen zwischen diesen Phänomenen nicht einfach festzumachen, doch die EU setzt das eine Phänomen dem anderen gleich, um ihre militärischen Operationen zu rechtfertigen. Die Organisation von Migration im Mittelmeer wurde von europäischen Politikern sogar als modernes Äquivalent der Sklaverei bezeichnet, um den Einsatz von Truppen als schwere Entscheidung, die allerdings getroffen werden musste, darstellen zu können (Kingsley, 2015; O’Connell Davidson, 2015; Open Letter, 2015). Die Wahrheit könnte allerdings nicht ferner liegen. Es handelt sich hier nicht um den unfreiwilligen Transport von Menschen nach Europa, sondern um die oft bewusste Entscheidung von Menschen ihre Heimat zu verlassen und ein besseres Leben in Europa zu finden. Die Tatsache, dass Menschen durch Kriege und Elend dazu bewegt werden, ist natürlich nicht von der Hand zu streichen. Dennoch werden die ausbeuterischen Möglichkeiten für Menschenhändler erst durch die Politik Europas, welche es potentiellen Flüchtlingen unmöglich macht legal nach Europa zu reisen um dort um Asyl anzusuchen, ermöglicht (Mendel, 2015).

Die im April angedachte Operation im Mittelmeer hat das Ziel das Geschäftsmodell der Schmuggler zu stören, indem die Schiffe oder Fahrzeuge, die zum Schmuggeln verwendet werden, zerstört werden sollen bevor sie von Schmugglern verwendet werden (European Union Military Committee, 2015; General Secretariat of the Council, Politico-Military Group & Committee for Civilian Aspects of Crisis Management, 2015; Neslen, 2015; The National, 2015). Zu diesem Zweck ist die Operation stark auf Informationen über diese Schmugglernetzwerke abhängig (Traynor, 2015). Angesichts der Natur des Schmuggelwesens bedingt dies allerdings grobe Eingriffe in libysches Hoheitsgebiet zu Wasser und möglicherweise auch zu Lande (Traynor, 2015). Libyen hat bereits vor Beginn der Operation grobe Bedenken angemeldet (BBC News, 2015). Eine Tatsache, die auch schon 2008 das Ende der Operation Nautilus mitverursachte. FRONTEX Direktor Laitinen erklärte damals die Operation für gescheitert – nicht weil Nautilus es nicht schaffte die Anzahl an Migranten, die versuchten das Mittelmeer zu überqueren, zu verringern, sondern weil Libyen nicht kooperierte (Dünnwald, 2011: 119). Ein ähnliches Szenario droht sich nun zu wiederholen, da Libyen sich zusätzlich in einem fortgeschrittenen Prozess des Staatszerfalls befindet. Schlimmer noch sieht der Operationsplan auch vor, dass Aktionen gegen Unterschlüpfen von Schmugglern an der libyschen Küste unternommen werden können. Europa würde so allerdings auch Gefahr laufen in die innerlibyschen Kämpfe involviert zu werden. Amnesty International



hat zudem vor den katastrophalen Folgen einer Operation gewarnt, welche die bestehenden Migrationswege zerstört aber keine legalen Alternativen bietet (Chonghaile, 2015; Traynor, 2015).

Die Begründung für solche militärischen Zugänge ist das Retten von Menschenleben (Andersson, 2012: 8). Dadurch werden Europas Operationen im Mittelmeer gesichert und Migranten werden im Sprachgebrauch von illegalen Flüchtlingen zu vor dem Ertrinken geretteten und andere von illegalen Migranten zu Menschenhändlern und Schmugglern (Messier et al., 2012). Europa kann sich durch diese humanitäre Rhetorik als Retter der einen und Bekämpfer der anderen stilisieren – ohne die eigene Verantwortlichkeit eingestehen zu müssen (Andersson, 2014b; Pallister-Wilkins, 2015; Campesi, 2014).

Die geplante Operation scheint allerdings auch mehr von der bestehenden Migrationspolitik der EU bestimmt zu sein als von der tatsächlichen Lage an der libyschen Küste. Während die europäische Politik in den zuvor analysierten klaren Kategorien denkt, ist die tatsächliche Lage von einer ungeahnten Komplexität gekennzeichnet. Wie oben erwähnt, ist Migration kein linearer Prozess, der einen Migranten (oder eine Migrantin), einen Schmuggler und einen Grenzpolizisten beinhaltet. Es zeigt sich allerdings welche weitreichende reale Folgen die Existenz eines bestehenden Wahrheitsregimes haben kann. Beobachtungen von Forschern und Journalisten vor Ort, sei es an der libyschen, malischen, mauretanischen, marokkanischen, oder ägyptischen Küste zeichnen ein anderes Bild (Tom Rollins, 2015; Andersson, 2014; Anonymous, 2015; Pallister-Wilkinson, 2015). Eine klare Unterscheidung zwischen Schmuggler und Migrant ist oft nicht möglich. Viele Boote haben zwar einen „Kapitän,“ welcher instinktiv als der verantwortliche Schmuggler bezeichnet werden könnte, doch diese sind oft nur andere Migranten, die eine Ahnung von Seefahrt haben oder auch nur vorgeben diese zu besitzen (The Guardian, 2015). Oft sind Schmuggler auch Menschen, die spontan in das Geschäft einsteigen, weil sie gerade ein Boot zur Verfügung haben und weil sie auch glauben den Flüchtlingen und Migranten so helfen zu können<sup>8</sup> (Anonymous, 2015). Was die Boote angeht, die zerstört werden sollen, so sind diese oft in Besitz von einfachen Fischern, die ihre Boote gegen Entgelt für eine Überfahrt zur Verfügung stellen. Diese werden oft noch am Tag zuvor für den alltäglichen Fischfang verwendet und transportieren vielleicht Migranten von einem sicheren Ort zum nächsten Boot (Traynor, 2015). Diese Boote zu identifizieren und zu zerstören bevor sie für

das Schmuggeln von Menschen verwendet werden ist eine schier unmögliche Aufgabe, die mehr Risiken in sich birgt als potentielle Vorteile. Doch wie es scheint, braucht der Migrationsdiskurs in Europa einen Feind und das ist das Schmuggelwesen. Papadopoulos et al. (2008: 190) formulieren es treffend: „The counterpart to the discourse of Fortress Europe is smuggling. Security needs fear, repression needs risk, policing needs criminals, smugglers and illegalised migrants alike.“

Dabei muss erwähnt werden, dass dies jedoch in keiner Weise suggeriert, dass es keine Menschenhändler gibt, die sich eine goldene Nase mit der Ausbeutung von Flüchtlingen und Migranten verdienen. In Gesprächen mit Mitarbeitern von Flüchtlingsorganisationen in Kairo war die Rede von Foltercamps entlang der Küste Libyens, in denen durch die Folter von Migranten die Angehörigen um Geld erpresst werden (Anonymous, 2015; Chonghaile, 2015; O’Connell Davidson, 2015). Es ist allerdings die europäische Politik, welche legale Wege nach Europa unterbindet und so diesen Organisationen und Individuen mehr und mehr verzweifelte Menschen in die Hände spielt.

### 3.3. Die Folgen einer militärischen Antwort auf Migration

Migration ist in erster Linie allerdings kein sicherheitspolitisches Problem. Dennoch sind es vor allem Sicherheitsdienste und Grenzschutzdienste wie FRONTEX oder beispielsweise die Guardia Civil in Spanien, welche europäische Migrationspolitik ausschlaggebend beeinflussen. Dies führt dazu, dass oben geschilderte Operationen zur Realität werden. Immer öfter wird für nicht sicherheitspolitische Probleme Zuflucht in militaristischen Lösungen gesucht. Dies liegt auch an einem zu großen Einfluss der Sicherheitsapparate auf Migrationspolitik: FRONTEX beispielsweise produziert exklusives Wissen über Migration, welches nationalen Institutionen nicht zur Verfügung steht – den so genannten „Kapitalfraktionen des sicherheitsindustriellen Komplexes“ jedoch schon (Huke et al., 2014: 11). Durch dieses Wissen kann FRONTEX nicht nur die Machbarkeitsstudien und Problemanalysen, sondern auch die Lösung für die identifizierten Probleme gestalten (Huke et al., 2014). FRONTEX sei hier nur als Beispiel genannt, steht es doch exemplarisch für den Einfluss von Sicherheitsapparaten generell.

Ein weiterer Aspekt hier ist der finanzielle. Ruben Andersson (2012; 2014; 2015) forscht weitgehend zur Frage, wer finanziell von der Migrationspolitik Europas profitiert. In einem Interview mit einem Experten aus

dem Jahr 2012 beschreibt dieser die teuren Überwachungstechnologien, die an Europas Grenzen zum Einsatz kommen, und streicht danach hervor, dass menschliche Intelligenz/Information von Menschen für 95 Prozent der wichtigen und relevanten Information verantwortlich sei und Satelliten für nur etwa 5 Prozent. Die Kosten für beide Faktoren seien genau umgekehrt. Anschließend stellt er allerdings fest, dass die Tatsache, dass die finanziellen Profite der betroffenen Industrien wichtiger seien als das kostengünstigste Instrument für effiziente Migrationspolitik zu finden (Andersson, 2012: 10).

Ähnliches gilt für die massiven Zäune, die seit geraumer Zeit Europas südliche Grenzen beschützen sollen. Diese sind extrem kostenintensiv im Erbau und in der Erhaltung, erzielen aber nicht das gewünschte Ergebnis, denn Migranten haben nicht aufgehört neue, innovativere Wege über die Zäune zu finden. Ein trauriges Beispiel hierfür sind die Grenzzäune in den spanischen Enklaven in Marokko, Ceuta und Melilla. Die spanische Regierung investierte in höhere und mit Maschendraht bestückte Zäune und zunächst schien es als würden die höheren Zäune Migranten tatsächlich abhalten. Doch Migrationsrouten verschoben sich nur zeitweise auf andere Routen und über kurz oder lang stand Spanien wieder dem gleichen Problem gegenüber, allerdings in dramatischerer Form (Andersson, 2014b). So versuchten Migranten die neuen Zäune in Gruppen von 200 oder 300 zu stürmen, was allerdings in schlimmeren Verletzungen auf Seiten der Migranten endet.

## 4. Deterritorialisierung der Grenzen Europas und ihre Folgen

Das vorige Kapitel endete mit einem kurzen Überblick über die negativen Folgen der militärischen Antwort Europas auf das Phänomen der Migration. Zentraler Aspekt dieser Politik ist auch die Tatsache, dass die meisten Instrumente und Lösungen außerhalb Europas zu finden sind. Dies ist Folge der Annahme, dass Migration ein externes Phänomen ist, das von Europa ferngehalten werden muss. Fokus dieses Kapitels sind demnach die verschiedenen Politikinstrumente Europas, die sich diesem Ziel verpflichtet sehen. Zu diesem Zweck allerdings muss sich Europa seiner Nachbarstaaten bedienen, die als Transitstaaten, Herkunftsstaaten oder Drittstaaten bezeichnet werden. In diese Staaten verschiebt sich quasi die Grenze Europas. Welche unbeabsichtigten Folgen dies nach sich zieht, soll ebenso Gegenstand dieses Kapitels sein.

### 4.1. Was ist Deterritorialisierung?

Zunächst gibt dieses Kapitel einen Überblick über das Phänomen der Deterritorialisierung, womit das sprichwörtliche Verschieben der Grenze in andere Länder, gemeint ist. Es handelt sich um einen umfassenden Prozess, der die Auslagerung der Grenzkontrollen an Drittparteien, in diesem Fall Drittstaaten, beschreibt und auf der im ersten Kapitel dieser Studie beschriebenen Annahme beruht, dass Migration ein externes Phänomen ist, welches außerhalb Europas aufgehalten werden muss. Dieser Prozess der Deterritorialisierung beginnt aus Sicht der Nationalstaaten mit dem Schengener Abkommen. Der Schengen-Raum ist für die EU von zentraler politischer und identitätsstiftender Bedeutung, denn das Schengener Abkommen konstituiert eine der vier Grundfreiheiten der EU. Die Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raumes werden an die gemeinsamen Außengrenzen verschoben. Dem liegt ein generelles Umdenken der Staatsgrenzen zu Grunde. Dennoch darf der Schengen-Raum nicht als Raum ohne Grenzen gedacht werden (Pallister-Wilkins, 2011), denn statt dessen wurden innerhalb des Schengen-Raumes eine steigende Anzahl von Räumen als Grenzgebiete umdefiniert. Grenzkontrollen finden so zum Beispiel in Zügen oder mitten auf Autobahnen statt und nicht mehr nur wenn ein Grenzposten überquert wird (Papadopoulos et. al., 2008: 167). An den Außengrenzen der EU manifestiert sich das Umdenken der Grenze darin, dass vorrausschauende Strategien entwickelt werden, Migration so früh als möglich abzufangen. Dies bedeutet im Konkreten, dass Kontrollen und Überwachung außerhalb der natürlichen Grenzen Europas stattfinden, dort wo Migrationsrouten entstehen, wo Migranten sich entschließen die Reise nach Europa anzutreten (Papadopoulos et. al., 2008: 167). Institutionell zeigt sich dieses Umdenken im Beginn des Barcelona-Prozesses im Jahr 1995. Später wird der Barcelona Prozess und auch die Union für den Mittelmeerraum durch ein politisches Rahmeninstrument, der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), vereinheitlicht (Pallister-Wilkins, 2011). Die Ausgestaltung der Deterritorialisierung der Grenzen Europas wird insbesondere seit 2002 stark vorangetrieben. Seit 2004 ist es mit dem Den Haag Programm zum Ziel geworden regionale Sicherheitszonen in Drittstaaten zu schaffen, welche in Partnerschaft mit den lokalen Regierungen implementiert werden sollen (Papadopoulos et. al., 2008: 183). Während andere Paradigmen und Instrumente der EU zum Thema Migration weitgehend unverändert bleiben, ist diese Externalisierung der Grenzkontrollen eine der wenigen Veränderungen in der Migrationspolitik der EU. So muss jedes Abkom-

men zwischen EU Mitgliedsstaaten und Drittstaaten eine Bestimmung zum Thema Migration beinhalten und 2006 wird in der „Ministerkonferenz Europa-Afrika über Migration und Entwicklung“ eine Verbindung zwischen Entwicklungshilfe und repressiven Maßnahmen gegen Migranten hergestellt (Walters et al., 2010). Gleichzeitig bleibt allerdings eine Finanzierung, die diesen Link zementieren könnte, aus. Das niedrige Investment in den Migrationssektor (in einem entwicklungspolitischen Kontext) deutet von einer geringen Relevanz des Migrationsmanagements im Feld der Entwicklungspolitik (Dünnwald, 2011: 110) – wohl aber in den Bereichen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit.

#### 4.2. Die Folgen der Deterritorialisierung

Welche Folgen – vor allem unbeabsichtigter Natur – hat diese Deterritorialisierung in betroffenen Drittstaaten und für Migranten sowie Flüchtlinge? Durch die Verschiebung der Grenzen in Drittstaaten werden diese von Transitstaaten zu neuen Gravitationszentren von Migration (Anthias and Lazaridis, 2000; R. King, Lazaridis and Tsardanides, 2000 zitiert in Papadopoulos et al., 2008). Die so genannten Mobilitätspartnerschaften, welche die EU mit Drittstaaten eingeht um vor Ort Grenzkontrollen im Sinne der EU zu etablieren, sind stets von Zusicherungen begleitet, dass Menschenrechte beachtet und geachtet werden würden. Im Fall von Libyen ging es hier konkret darum ein funktionierendes Asylsystem aufzubauen, denn solch ein System würde es Europa erlauben Menschen direkt nach Libyen auszuweisen ohne ihnen zu erlauben Asylanträge zu stellen (Andersson, 2014b). Während dies bereits geschah, stellte dies einen Bruch des Prinzips der Nicht-Zurückweisung (non-refoulement) dar. So wies Italien 2003 und 2004 mehr als 4000 Migranten nach Libyen aus und unterstützte Libyen im Gegenzug mit dem Bau von Haftanstalten für irreguläre Migranten, mit Equipment um irreguläre Migration zu verhindern und in der Abschiebung von irregulären Migranten in Drittstaaten (Klepp, 2010: 4 zitiert in Dünnwald, 2011: 117). Diese Externalisierung der Grenzen führt also auch zu Kettenreaktionen, in denen Nicht-EU-Staaten in der Nachbarschaft es der EU gleichtun und ihre Nachbarn als sicher bezeichnen und potentielle Flüchtlinge dahin ausweisen (Papadopoulos et al., 2008: 163). Für Migranten rückt dadurch die Möglichkeit in Europa um Asyl anzusuchen in unendliche Ferne (Andrijasevic, 2009: 166 zitiert in Dünnwald, 2011: 120). Die oft katastrophale Sicherheitslage für Migranten in Mittelmeeranrainerstaaten, wie Ägypten, zwingt sie oft zu verzweifelten Taten. Ägypten ist ein eindringliches

Beispiel. Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern sind stark abhängig von der Politik Ägyptens gegenüber diesen Ländern. So wurden Flüchtlinge aus Äthiopien Ziel von Übergriffen nachdem Nachrichten über den Plan eines Nilstaudamms in Äthiopien bekannt wurden, welcher die ägyptische Wasserversorgung bedroht hätte. Ebenso Syrier wurden vermehrt angegriffen nach dem Sturz Morsis, da die Staatspropaganda Syrer als Unterstützer der Muslimbruderschaft darstellte.

Oft schafft die enge Zusammenarbeit zwischen europäischen Staaten und Sicherheitskräften in Drittstaaten auch neue Probleme. Im Senegal kooperierte Spanien mit den lokalen Sicherheitskräften um den Ansturm von Migranten auf die spanischen Grenzen zu verringern. Zu diesem Zweck schuf Spanien für die lokale Polizei und Grenzpolizei starke Anreize zur Zusammenarbeit in Form von Tagesspesen für jeden, der half irreguläre Migration zu verhindern, sowie in Form von Equipment für die Polizei. Diese Strategie war auf den ersten Blick sehr erfolgreich und bis 2010 hatte die senegalesische Polizei großen Erfolg Migranten zu verhaften. Doch als sich die Migrationsrouten verschoben, sahen sich die lokalen Sicherheitskräfte vor einem Dilemma. Ohne Migranten gab es auch für Spanien keinen Grund mehr, sie mit Geld und Ausrüstung zu überschütten. Deshalb begannen die lokalen Sicherheitskräfte ihre Nützlichkeit damit zu demonstrieren, dass sie nicht nur Boote stoppen konnten, sondern schon den Versuch oder die Intention eines vermeintlichen Flüchtlings, ein Boot zu nehmen, aufzuhalten wussten. Kriminell wurde nicht nur die Ausreise auf Schmuggelbooten, sondern schon die Absicht dies zu tun. Es ist keine Frage, dass die senegalesische Polizei so viele Unschuldige festgenommen hat um nicht auf spanische Finanzierung zu verzichten. Spanien allerdings hat nach 2010 umsonst Geld investiert, welches wohl besser an den neuen Orten, wohin sich Schmuggelrouten verschoben hatten, eingesetzt worden wäre (Anderson, 2014: 125-9). Ähnliches geschah in Mali, wo die Partnerschaft mit Spanien ebenso zu einer stets steigenden Nachfrage an Förderungen führte (Anderson, 2014: 137). Trotz der engen Zusammenarbeit sprechen Schmuggler stets davon durch Bestechungen ein Wegsehen der lokalen Grenzpolizei erzielen zu können, wenn gerade Boote die Küste verlassen (Tom Rollins, 2015). Oft werden auch nicht die verantwortlichen Schmuggler selbst verhaftet, sondern eher Migranten, welche – wie im Falle Ägyptens – für illegale Ausreise inhaftiert werden (Anonymous, 2015).



Durch den Prozess der Deterritorialisierung wird also Illegalität produziert bevor Menschen Europa erreichen, wo sie überhaupt erst als illegal bezeichnet werden. Die Grenzen Europas haben sich daher nicht nur an die Strände des Mittelmeeres verschoben, sondern existieren nun auch in den Daten und Köpfen der Sicherheitskräfte in Drittstaaten, in Überwachungssoftware, sowie in Lastwägen und Wohnungen, die nach *Migranten* durchsucht werden. In diesem Sinne erscheint Europa weniger als Festung sondern mehr als Firewall (Walters 2006 zitiert in Anderson, 2014: 121). Europas Grenzmaschinerie versucht illegale Migration zu bewältigen, produziert zur gleichen Zeit durch ihre Mobilitätspolitik aber auch neue migrantische Illegalität (Anderson, 2014: 121).

In Mauretanien führte dies zu regionalen Spannungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen, als von Spanien finanzierte Maßnahmen gegen Migration dazu führten, dass Sicherheitskräfte zahlreiche Mitglieder der schwarzafrikanischen Haratin Volksgruppe festnahmen – nicht etwa weil diese in größeren Zahlen auswandern wollte, sondern weil deren Hautfarbe für die Sicherheitskräfte genug Verdacht erzeugte, dass diese in Wahrheit potentielle Migranten seien. Dies führte zu Spannungen in Mauretanien zwischen den verschiedenen Volksgruppen (Anderson, 2014: 132-4). Eine europäische Aktivistin vor Ort beschrieb die Lage wie folgt, „Now, all black people are susceptible to being [seen as] illegal migrants“ (Anderson, 2014: 134). Solche innerstaatlichen Spannungen als unbeabsichtigte Konsequenz der europäischen Migrationspolitik können also in der Folge neue Konflikte schüren und somit Menschen neue Gründe geben ihre Heimat zu verlassen. Der gleiche Prozess, dass allein die Hautfarbe Grund zur Verhaftung gibt, lässt sich auch in Marokko feststellen (Anderson, 2014: 140).

Interventionen der europäischen Staaten sind auch von der Vorstellung geprägt, dass Migration eine einseitige Bewegung von Menschen aus dem Süden in den Norden – nach Europa – beschreibt. Dabei wird aber regionale Arbeitsmigration komplett außer Acht gelassen. Der Norden Mauretaniens war jahrelang Magnet für regionale Migranten auf der Suche nach besserer Arbeit. Aus europäischer Sicht wurden Migranten auf dem Weg dorthin allerdings als afrikanischer „Exodus“ dargestellt, was zu einem Medienspektakel und einem harten Durchgreifen der Polizei führte (Anderson, 2014: 133). Dies ist ein weiteres Beispiel wie eine Intervention Europas neue Probleme schafft, während auch bestehende nicht wirklich gelöst werden können.

## 5. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Diese Studie hat sich eingehend damit beschäftigt wie Europa mit dem Phänomen der Migration umgeht. Im ersten Kapitel untersuchte die Studie den politischen Entscheidungsfindungsprozess innerhalb Europas und stellte fest, dass dieser zwischen produktivem Ausnahmezustand und schwerfälligem bürokratischen Normalfall oszilliert. Der Ausnahmezustand in Reaktion zu Flüchtlingskatastrophen führt zu Gipfeltreffen, neuen Entschlüssen und Operationen, während der Normalfall die langsame Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene beschreibt. Jeder Modus führt allerdings zu den selben politischen Inhalten und Maßnahmen, welche von Militarisierung beziehungsweise einer sicherheitspolitischen Herangehensweise und Deterritorialisierung geprägt sind.

Das zweite Kapitel stellt fest, dass die sicherheitspolitisch geprägte Vorstellung von Migration, Flucht und Mobilität zu einem Fokus auf Maßnahmen gegen das Schmuggelwesen und den Menschenhandel führt. Diese Maßnahmen sind in der Praxis allerdings weder effektiv noch spiegeln die ihnen zugrunde liegenden Annahmen über Migration – Migration als linearer Prozess, welche eine klare Unterscheidung zwischen Schmuggler und Migrant/Flüchtling erlaubt – die komplexe Realität wider.

Das dritte Kapitel befasst sich mit dem Themenkomplex der Deterritorialisierung, der Auslagerung von Grenzkontrollen an Drittstaaten und dessen unbeabsichtigte Folgen. Diese schaffen neue Konfliktherde und somit Gründe für Menschen ihre Heimat zu verlassen, führen dazu, dass lokale Sicherheitskräfte auf kreativen Wegen Begründungen finden weiterhin von Europa finanziert zu werden selbst wenn Migrationsrouten bereits durch andere Staaten laufen und dazu, dass in bereits repressiven Staaten Sicherheitskräfte nur noch aufgerüstet werden und bereits verwundbare Minderheiten noch stärker ins Visier nehmen.

Der bestehende Fokus auf Schmuggler und Externalisierung verschließt neue Wege Migration anders zu denken und zementiert die Intention, dass Migration gestoppt werden kann – obwohl diverse EU Berichte schon das Gegenteil einräumen. Der momentane Kurs stärkt Sicherheitsapparate und dies führt wiederum zur Fortsetzung von militärischen Lösungsansätzen für Migration. Mobilität und Migration sind bester Bestandteil der Moderne und ohne eine Ausweitung

von legalen Möglichkeiten nach Europa auszuwandern oder zu reise um Asyl zu beantragen, werden das Sterben im Mittelmeer und die Probleme Europas nicht zu bewältigen sein.

## 6. Bibliografie

Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, 1951. Genf.

Andersson, R. (2012). A game of risk: Boat migration and the business of bordering Europe. *Anthropology Today*, 28(6), 7-11.

Andersson, R. (2014a). Hunter and Prey: Patrolling Clandestine Migration in the Euro-African Borderlands. *Anthropological Quarterly*, 87,(1), 119–150.

Andersson, R. (2014b, September 29). It is time to unfence our view of migration. Retrieved May 24, 2015, from <http://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/it-is-time-to-unfence-our-view-of-migration/>.

Andersson, R. (2014c, October 30). Mare Nostrum and migrant deaths: the humanitarian paradox at Europe's frontiers. Retrieved May 24, 2015, from <https://www.opendemocracy.net/5050/ruben-andersson/mare-nostrum-and-migrant-deaths-humanitarian-paradox-at-europe%E2%80%99s-frontiers-0>.

Andersson, R. (2015, February 1). Border Control is out of Control. Retrieved May 24, 2015, from <http://www.discoverysociety.org/2015/02/01/border-control-is-out-of-control/>.

Anonymous. (2015, June 3). Interview with Resettlement Expert.

Aradau, C. (2008). *Rethinking Trafficking in Women: Politics out of Security*. New York: Palgrave-Macmillan.

BBC News. (2015, May 11). Mediterranean migrants: Libya rejects EU military plans. Retrieved June 19, 2015, from <http://www.bbc.com/news/world-africa-32686579>

Brown, W. (2010). *Walled states, waning sovereignty*. New York: Zone Books.

Campesi, G. (2014). Frontex, the Euro-Mediterranean border and the paradoxes of humanitarian rhetoric. *South East European Journal of Political Science (SEE-JPS)*, 2(3), 126–134.

Chonghaile, C. N. (2015, May 11). Amnesty reports abduction, torture and rape of migrants in Libya. Retrieved June 15, 2015, from <http://www.theguardian.com/global-development/2015/may/11/amnesty-report-abduction-torture-migrants-libya-mediterranean>.

De Genova, N. (2002). Migrant "illegality" and deportability in everyday life. *Annual Review of Anthropology*, 31, 419–447.

Dines, N., Montagna, N., & Ruggiero, V. (2015). Thinking

Lampedusa- border construction, the spectacle of bare life and the productivity of migrants. *Ethnic and Racial Studies*, 38(3), 430–445.

Dünnwald. (2011). On Migration and security: Europe managing migration from sub-saharan africa. *Cadernos de Estudos Africanos*, 22, 03–128.

Escobar, A. (2003). Displacement, development, and modernity in the Colombian Pacific. *International Social Science Journal*, 55(175), 157–167.

European Union Military Committee. (2015, May 12). EU defence chiefs' approved plan for military intervention against "refugee boats" in Libya and the Mediterranean. EUMC. Retrieved from <https://wikileaks.org/eu-military-refugees/EUMC/eu-military-refugee-plan-EUMC.pdf>.

FRONTEX: Verlängerter Arm der Mitgliedsstaaten und Europäisierungsmotor der Grenzkontrolle. (2014). In *Staatsprojekt Europa, Kämpfe um Migrationspolitik*. Bielefeld: transcript.

General Secretariat of the Council, Politico-Military Group, & Committee for Civilian Aspects of Crisis Management. (2015, May 12). EU Politico-Military Group advice on the military intervention against "refugee boats" in Libya and the Southern Central Mediterranean. PMG & CIVCOM. Retrieved from <https://wikileaks.org/eu-military-refugees/PMG/eu-military-refugee-plan-PMG.pdf>.

Imagined Migration World: the EU and the Discourse of Anti-Illegal Immigration. (2010). In *The Politics of Migration Management* (p. 73-95). Houndmills: Palgrave.

IOM. (2015). Migrant Boat Arrivals in Europe Top 150,000 in 2015. Retrieved July 10, 2015, from <http://www.iom.int/news/migrant-boat-arrivals-europe-top-150000-2015>.

J. Peter Burgess (Ed.). (2010). *Migration and Security*. In *The Handbook of New Security Studies* (p. 217–228). London: Routledge.

Kingsley, P. (2015, May 21). Anger over EU's "slave trade" rhetoric as naval operations begin in Mediterranean. Retrieved June 19, 2015, from <http://www.theguardian.com/world/2015/may/21/anger-eu-slave-trade-rhetoric-naval-operations-migration-mediterranean>.

Kingsley, P., & Bonomolo, A. (2015, May 19). Italian coastguards: military action will not solve Mediterranean migrant crisis. Retrieved June 19, 2015, from <http://www.theguardian.com/world/2015/may/19/italian-coastguards-military-action-will-not-solve-mediterranean-migrant-crisis>.

Malmström, C. (2013, October 3). Tragic accident outside Lampedusa: Statement by European Commissioner for Home Affairs, Cecilia Malmström. Europäische Kommission. Retrieved from [http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-849\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-849_en.htm).

McVeigh, T. (2015, June 6). Sympathy and solidarity for migrants on Kos beaches as two worlds collide [News]. Retrieved June 13, 2015, from <http://www.theguardian.com/world/2015/jun/06/kos-migrants-tourists-greece-traffickers-sympathy-solidarity>.

Mendel, G. (2015, May 16). "I'd rather die at sea than stay there": migrants on crossing the Med. Retrieved May 16, 2015, from [http://www.theguardian.com/world/2015/may/16/id-rather-die-at-sea-than-stay-there-migrants-on-crossing-the-med?CMP=fb\\_gu](http://www.theguardian.com/world/2015/may/16/id-rather-die-at-sea-than-stay-there-migrants-on-crossing-the-med?CMP=fb_gu).

Messier, M., Wodak, R., & Schroeder, R. (Eds.). (2012). Humanitarian discourse legitimating migration control: FRONTEX public communication. In *Migrations: Interdisciplinary Perspectives* (pp. 297 – 308). Vienna: Springer Science & Business Media.

Neslen, A. (2015, May 18). EU to launch Mediterranean naval mission to tackle migrant crisis. Retrieved June 19, 2015, from <http://www.theguardian.com/world/2015/may/18/eu-mediterranean-naval-mission-migrant-crisis-people-smugglers-libya>.

O'Connell Davidson, J. (2015, May 17). Mediterranean migrants are not slaves – do not pervert history to justify military action. Retrieved June 15, 2015, from <http://www.theguardian.com/commentisfree/2015/may/17/mediterranean-migrants-slaves-history-military-action-eu-leaders-libya>.

Open Letter. (2015, May 20). Twisting the "lessons of history" to authorise unjustifiable violence: the Mediterranean crisis. Retrieved June 19, 2015, from <https://www.opendemocracy.net/beyondslavery/twisting-%E2%80%9Clessons-of-history%E2%80%9D-to-excuse-unjustifiable-violence-mediterranean-refugee-c#.VVxltHK9kj8.twitter>.

Pallister-Wilkins, P. (2011, Mai). Entry Denied: Revolution in North Africa and the Continued Centrality of Migration to European Responses [E-Zine]. Retrieved May 30, 2015, from [http://www.jadaliyya.com/pages/index/1710/entry-denied\\_revolution-in-north-africa-and-the-co](http://www.jadaliyya.com/pages/index/1710/entry-denied_revolution-in-north-africa-and-the-co).

Pallister-Wilkins, P. (2015). The Humanitarian Politics of European Border Policing: Frontex and Border Police in Evros. *International Political Sociology*, 9, 53–69.

Papadopoulos, D., Stephenson, N., & Tsianos, V. (2008). *Escape routes: Control and subversion in the 21st century*. London: Pluto Press.

The Guardian. (2015, May 19). The Guardian view on Mediterranean migrants: a rescue plan with many flaws. Retrieved June 19, 2015, from <http://www.theguardian.com/commentisfree/2015/may/19/guardian-view-on-mediterranean-migrants-european-rescue-plan>.

The National. (2015, April 23). EU pledges to destroy migrant smuggling boats: draft statement. Retrieved June 18, 2015, from <http://www.thenational.ae/world/>

[middle-east/eu-pledges-to-destroy-migrant-smuggling-boats-draft-statement](#).

Tom Rollins. (2015, June 2). Interview with Journalist on Refugee Situation in Egypt and Libya.

Traynor, I. (2015, May 13). Migrant crisis: EU plan to strike Libya networks could include ground forces. Retrieved June 15, 2015, from <http://www.theguardian.com/world/2015/may/13/migrant-crisis-eu-plan-to-strike-libya-networks-could-include-ground-forces>.

## 7. Endnoten

1) Natürlich gibt es auch andere Faktoren oder Prinzipien die Europas Strategien in der Migrationspolitik beeinflussen, doch in dieser Studie soll insbesondere auf diese eingegangen werden, auf Grund der verzerrenden Wirkung, welche diese auf die europäische Politik ausüben.

2) In dieser Studie wird auf Grund besserer Lesbarkeit auf die weibliche und männliche Form verzichtet, es soll allerdings darauf hingewiesen sein, dass die männliche Form stets beides inkludiert.

3) In dieser Studie wird statt illegalen Einwanderern der Begriff nicht dokumentierte Migranten verwendet, da wie zuvor argumentiert, Illegalität als politische Identität, bestimmt durch die soziale Beziehung des Individuums zum Staat, gesehen wird.

4) Dies hat auch zur Folge, dass in dieser Studie die legale Unterscheidung zwischen Flüchtlingen (in der Regel als politisch verfolgte Menschen definiert, welche Anspruch auf Asyl und Schutz haben) und Migranten (als Menschen die aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verlassen und deshalb legal keinen Anspruch auf Asyl haben) in der Sprachwahl übernommen. In dieser Studie ist meist die Rede von Flüchtlingen und Migranten um darauf hinzuweisen, dass die Gruppen von Menschen, die den Weg nach Europa anstreben, stets von beiden (oder auch anderen) dieser sogenannte „Kategorien“ ausgezeichnet sind.

5) Es muss hier allerdings darauf hingewiesen werden, dass die Zahl derer die tatsächlich mit Boote nach Europa zu kommen suchen, in den letzten Jahren eindeutig gestiegen ist (Anonymous, 2015).

6) Hier sei auch angemerkt, dass Lampedusa nicht automatisch Ziel von so vielen Booten war und ist, sondern Boote gezielt von der Küstenwache dorthin umgeleitet wurden. Nach 2008 wurde Lampedusa zur operationalen Zentrale für Italiens „push-back“-Politik. Potentielle Flüchtlinge wurden demnach auf hoher See abgefangen und umgehend nach Libyen zurückgeschickt ohne ihnen die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen, zu ermöglichen – ein klarer Bruch des non-refoulement Prinzips (Dines et al., 2015: 433).

7) Diese Individuen sind vor allem auf Booten auch oft selbst Migranten. Oft stehen Schmuggler in enger Kooperation mit den verschiedenen Flüchtlingsgemeinschaften. Menschenhändler selbst allerdings sind oft lokale und nationale Netzwerke von Kriminellen, welche die Abhängigkeit von Flüchtlingen ausnutzen. Grenzen zwischen Schmuggle und Menschenhandel sind oft fließend; so kommt es oft vor, dass Menschen freiwillig ihr Heimatland verlassen – mit Hilfe von illegalen Mitteln und Schmugglern – und dass sie dann unterwegs an Menschenhändler geraten, von denen sie dann unter Zwang festgehalten werden, gefoltert werden oder Angehörige um Geld erpresst werden.

8) Diese Neueinsteiger stellen allerdings ein ganz anderes Problem dar, denn durch ihre Unerfahrenheit wissen sie oft nicht wer bestochen werden muss, welche Vorbereitungen notwendig sind, wie Boote gewartet werden, etc. Dadurch wird das Leben von Migranten zusätzlich gefährdet (Anonymous, 2015).